



Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Juni d. J. dem Handels- und Seegerichts-Präsidenten, zugleich Vicepräsidenten des Landesgerichtes in Triest, Dr. Josef Ritter von Sandrinelli, aus Anlass seiner angestrichenen Verzeihung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seines vielfährigen hervorragenden Wirkens im Richterstande das Comthurkreuz des Franz-Josef-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Juni d. J. dem Gemeindevorsteher Anton Fuchs zu Pöndorf in Steiermark in Anerkennung seines vielfährigen verdienstlichen Wirkens das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 19. Juni 1880 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXVI. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 68 das Gesetz vom 8. Juni 1880, womit die Bestimmungen des Anhangs der Reichsraths-Wahlordnung in betreff der Wahlbezirke in Galizien, d. Landgemeinden, 33. 24 und 25, abgeändert werden;

Nr. 69 den Erlaß des Ministers für Cultus und Unterricht vom 8. Juni 1880, betreffend die Ausfertigung der Zeugnisse für die bei einer der theoretischen Staatsprüfungen mit Stimmeneinstimmigkeit approbierten Candidaten;

Nr. 70 das Gesetz vom 13. Juni 1880, betreffend die Militärtafeln, den Militärtafelfonds und die Unterstützung der hilfsbedürftigen Familien von Mobilisirten.

(„W. Ztg.“ Nr. 139 vom 19. Juni 1880.)

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungsschau.

Die Ernennung des Grafen Chorinsky und des Domcapitulars Lienbacher zum Landeshauptmann, respective Landeshauptmann-Stellvertreter des Salzburger Landtages, sowie der Bericht der Prager Landtagscommission über die Wahlreform bilden die beiden Gegenstände der nichts weniger als lebhaften Discussion der Wiener Journale auf dem Gebiete der inneren Politik. In dem Berichte des Dr. Herbst über die Wahlreform erblicken einige Journale, insbesondere das „Tagblatt“, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. In Bezug auf den Salzburger Landtag bedauern die Journale, daß die „Diplomaten von Hallein“ durch ihr unbedachtes Handeln gegenüber dem Grafen Lamberg die wichtigsten Stellen in der Landesvertretung den „Clericalen“ ausgeliefert haben.

Diese Anschauung vertritt vorzüglich die „Morgenpost“, welche jedoch, ebenso wie die „Vorstadt-Zeitung“, die „Deutsche Zeitung“ und die „Wiener Allgemeine Zeitung“ wenigstens darüber beruhigt sind, daß die Liberalen eventuell durch Absentierung von den Sitzungen stark genug sein werden, um radicale Beschlüsse der „Clericalen“ zu verhindern. Auch die Vorgänge im Tiroler Landtage finden noch ihr Echo in der Wiener Presse. Während die meisten liberalen Journale auf den ungünstigen Eindruck hinweisen, den die Erklärung der Tiroler Bischöfe in der Presse Deutschlands hervorgerufen hat, spricht sich das „Vaterland“ in sehr heftiger Weise über die „Religionshege“ aus, die jetzt betrieben werde und die an die Stelle der „Nationalitätenhege“ trete.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik fesseln die in dem englischen Blaubuche enthaltenen Depeschen in höherem Grade die Aufmerksamkeit der Publicistik, als die Berliner Conferenz. Der Eindruck dieser Schriftstücke, welche den Zerfall der Türkei behandeln und einfach auf die Tagesordnung stellen, ist der der allgemeinen Consternation. Das „Fremdenblatt“ und die „Neue freie Presse“ befassen sich mit der Frage der Rettung der Türkei. Ersteres Blatt plaidiert für eine Reform der Verwaltung unter Controle und Garantie Europas, letzteres Blatt für die größtmögliche Pression auf die Pforte und für die eventuelle Beseitigung des Sultans, der die Hauptursache aller Uebel des osmanischen Reiches bilde. Aehnlich äußert sich auch die „Deutsche Zeitung“.

Viel positiver lautet das Urtheil der „Presse“, welche der österreichischen Monarchie — angesichts der Auflösung der Türkei — eine active Interessen-Politik empfiehlt, und zwar das „Zugreifen.“ Das „Tagblatt“ erwartet nichts Günstiges für die Erhaltung des Friedens von der Berliner Conferenz. Das „griechische Feuer“ drohe für Europa gefährlich zu werden.

Von der Berliner Conferenz.

Die Specialberichte der Wiener Blätter aus Berlin stellen der Gewissenhaftigkeit, mit der die Conferenzbevollmächtigten diesmal das Gelübde der Verschwiegenheit beobachteten, ein glänzendes Zeugnis aus. Allerlei Kunststückchen müssen herhalten, den totalen Mangel an positiven Daten zu verhüllen. Bismarck übereinstimmend tritt aber bereits die Meldung auf, daß nach vorangegangener Einwilligung aller Mächte die Berliner Conferenz sich auch zur Beilegung der türkisch-montenegrinischen Grenzdifferenzen im Sinne der zwischen England und Oesterreich-Ungarn vereinbarten Combination competent erklären werde. Diese letztere besteht darin, daß Montenegro für seinen eventuellen Verzicht auf das von der albanesischen Liga ihm streitig gemachte Territorium durch den Küstenstrich von Dulcigno entschädigt werden, und daß auf diesen letzteren die Bestimmungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages Anwendung finden sollen. Dies in international bindender Form auszusprechen, werde gleichfalls Aufgabe der Berliner Conferenz sein.

Die Türkei hat bisher absolut nichts Schriftliches der Conferenz überreicht. Die türkischen Diplomaten betonen indessen — wie der „Pol. Corr.“ mitgetheilt wird, — daß die Pforte von der Conferenz nur einen Rath, dem sie sich so weit wie möglich fügen wolle, aber keinen Schiedsspruch erwarte. Die Türkei sei bereit, dem Frieden große Opfer zu bringen, um Raum für innere Reformen zu gewinnen. Weder der Detailvorschlag Waddingtons, noch weniger aber die weitergehenden Forderungen Griechenlands seien für die Türkei annehmbar. Ferner schreibt man dem genannten Organe aus Berlin: „Ein wichtiger Punkt tritt bereits greifbar aus dem Dunkel heraus: die Conferenz wird jedenfalls hier eine feste Grenzlinie bestimmen und der Pforte wie Griechenland zur Annahme unterbreiten. Die Entsendung einer Commission würde dann nur den Zweck haben, Einzelheiten innerhalb der gegebenen Grenzlinie auf die Durchführbarkeit zu prüfen. Man erwägt unter solchen Umständen sogar die Möglichkeit, von der Entsendung einer Commission abzusehen oder wenigstens dieselbe von der Antwort der beiden theilnehmenden Mächte auf den Conferenzbeschluss abhängig zu machen. Jedenfalls wird sich die Erörterung über die Entsendung einer Commission bis gegen den Schluss der Conferenz verzögern.“

Ueber die Stellung, welche Rußland zu der Conferenz einnimmt, wird der „Kreuzzeitung“ aus Petersburg geschrieben: „Man ist in hiesigen Regierungskreisen verwundert über die verschiedenen Gerüchte und Nachrichten, welche in Bezug auf angebliche Absichten und Wünsche verbreitet werden, denen Rußland auf dieser Conferenz Ausdruck geben wolle. Im Gegensatz zu allen diesen bunten Versionen kann ich auf das allerbestimmteste versichern, daß Rußland weder direct noch indirect den Gedanken angeregt hat, dieser Berliner Conferenz irgend welche andere Fragen zur Entscheidung vorzulegen, als die griechische Grenzfrage. Wie Rußland bisher in allem, was den Berliner Vertrag betrifft, nur im Einvernehmen mit den übrigen Signatarmächten vorgegangen ist, so hat unsere Regierung auch für die jetzige Conferenz in Berlin keine Separatwünsche, und sie beabsichtigt keineswegs, sich hinsichtlich der weiteren Action von den übrigen Mächten zu trennen. Das einzige, was unsere Regierung in Gemeinschaft mit den übrigen Mächten anstreben und erreichen will, ist das Resultat, daß die Pforte ihren Verpflichtungen nachkomme, die sie durch den Berliner Vertrag übernommen hat. Denn die stricte Ausführung des Berliner Vertrages sicherzustellen, ist der einstimmige Wunsch aller Mächte, deshalb sind auch alle bereit, darüber zu wachen, daß nichts den allgemeinen Frieden, nichts die Eintracht der Cabinete, noch die Wirkung ihrer Schritte störe. Zu diesem Zwecke und ohne jeden Nebengedanken entsendet auch unsere Regierung ihre Vertreter nach Berlin zu der Conferenz, in der es sich um Fragen

von europäischer Bedeutung handelt, nicht aber um Fragen, bei denen Rußland gerade ein specielles Interesse haben könnte.“

Vorgänge im Orient.

Die Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien drohen sich wieder ernster zu gestalten. Nach einer Budapestter Mittheilung vom 19. d. M. ist der geschäftsführende rumänische Agent in Sofia telegraphisch angewiesen worden, von der bulgarischen Regierung kategorisch eine unverweilte Erklärung über die Zurückziehung des Naturalisations-Gesetzes unter Androhung der Aufhebung der diplomatischen Agentie Rumäniens zu verlangen.

Aus Skutari wird gemeldet, daß die Mitglieder des Comités der Liga in Skutari aus dem Lager von Tuschki zurückgekehrt sind und beschloffen haben, den Mannschafsstand der dortigen albanesischen Streitkräfte nicht zu vermindern. In Tuschki selbst stehen beiläufig 6000 Mann, eben so viel sind in den Gebirgen bereit, auf den ersten Ruf zu folgen. Der Einfluß des Miriditen-Fürsten Prenk Bib Doda ist in der Abnahme begriffen. Wegen der Absendung eines Localitäts-Protokolles an den Sultan herrscht noch Uneinigkeit. Die muhamedanischen Albanesen verweigern die Absendung einer Deputation nach Constantinopel. Hodo Bei wird seines Commandos von der Liga enthoben werden.

Das griechische Cabinet ist entschlossen, die Reserven behufs Bildung einer 38,000 Mann starken Armee einzuberufen, um für jede Eventualität bereit zu sein.

Unterm 15. d. M. wird der „Pol. Corr.“ aus Constantinopel geschrieben: „Sie und da glaubt man, daß Abeddin Pascha nicht lange Minister bleiben werde, und man designiert bereits seinen Nachfolger in der Person des Adrianopler Gouverneurs, Neuf Pascha. Diese Annahme hat jedoch wenig für sich, weil Abeddin Pascha, vom Sultan selbst erwählt, gerade im Augenblicke der Mann der Situation ist. Als Minister des Aeußern soll er die Integrität Albaniens gegen die Griechen, selbst gegen Europa vertheidigen und gleichzeitig seinen Einfluß auf die Albanesen ausbieten, um sie davon abzubringen, den Bestand des Auslandes zu suchen und einen auswärtigen Prinzen zum Fürsten zu wählen. Niemand ist geeigneter als er, diese doppelte Mission zu erfüllen, und es ist wahrscheinlich, daß ihn der Sultan so lange auf seinem Posten belassen wird, bis er reussiert, oder so lange noch Hoffnung ist, daß er reussieren werde. Die Botschafter haben der Pforte eine zwanzigtägige Frist gegeben, um die Antwort auf die identische Note auszuarbeiten; wahrscheinlich aber dürfte diese Antwort etwas früher zustande kommen. Nachdem der Inhalt der identischen Note wenigstens annähernd den türkischen Staatsmännern längst bekannt war, fieng man bei guter Zeit an, die Antwort zu entwerfen. Schon Samas Pascha hatte sie skizzirt, und es ist richtig, daß dessen Antwortentwurf alle den Türken günstigen Punkte des Berliner Vertrages aufzählte, welche noch nicht ausgeführt sind; so die Punkte in betreff der Donaufestungen, Batums, der bulgarischen Flottille, der Lage der Muhamedaner in Ostrumelien etc. Wahrscheinlich wird dieselbe Beweisführung in der Antwort Abeddin Paschas befolgt werden. Biewohl Said Pascha nicht mehr am Ruder ist, so ist er keineswegs in Ungnade, und sein Einfluß im Rathe des Sultans ist noch immer groß. Am vergangenen Freitag war Said Pascha insgeheim nach dem „Selamlık“ in den Palast geladen und hatte eine lange Unterredung mit dem Sultan. Einen grellen Gegensatz zu dieser fürstlichen Gunstbezeugung bildet die demonstrative, auf den Vorschlag Mr. Göschens beschlossene Unterlassung der üblichen Visite der Missionsvorstände bei dem gewesenen Cabinetchef, eine Unterlassung, welche Said Pascha zeigen soll, wie geringer Sympathien seine Persönlichkeit wie seine Politik sich beim diplomatischen Corps erfreute.“

Der Krieg am Stillen Ocean.

Die „Weser-Zeitung“ bringt unter dem vorstehenden Titel eine allem Anscheine nach wohlunterrichtete, wenn auch für Peru wohl nicht sehr freundschaftliche Schilderung der trostlosen Lage, in welcher sich dieses

Land seinem Gegner Chile gegenüber in militärischer wie in wirtschaftlicher Beziehung befindet. Wir entnehmen diesem Artikel Nachstehendes:

„Bei der raschen Kriegserklärung war es Chile nur darum zu thun, Peru gleichfalls in die rechtliche Stellung eines Kriegsführenden zu bringen, der hinsichtlich der Beschaffung an Kriegsmaterial nur auf sich selbst angewiesen ist, und es des Vortheiles zu berauben, überall ohne Verstoß gegen internationales Recht und Herkommen offene Märkte zu finden, um seine und seines Bundesgenossen Kriegsrüstung zu vervollständigen. Während aber Chile alles daran setzte, sein Heer verzehnfachte, die Ausbesserung und theilweise neue Armierung seiner Schiffe mit unermüdlichem Eifer betrieb, für Kriegsmaterial in Hülle und Fülle sorgte, so daß ein peruanischer Kriegscorrespondent der Limaer „Patria“ zu schreiben nicht umhin konnte: „der chilenische Soldat marschire ganz à la prussiana, mit allem vollständig ausgerüstet“; was geschah da in Peru? Wenig, fast gar nichts! Die freiwilligen Beiträge, welche Lima und Callao aufbrachten, fielen nicht ins Gewicht und genügten gerade, um von der englischen „Pacific Steam Navigation Company“ einen Raddampfer für den Transport von Truppen und Kriegsmaterial zu erstehen. Die Kriegsanleihe, welche der außerordentliche Congress bewilligte und die von allen Provinzial- und Municipalbehörden colportiert wurde, machte gründlich Fiasco. Die Erträge fielen so kläglich aus, daß kaum die — immerhin noch mangelhafte — Ausrüstung der Flotte davon bestritten werden konnte.

„Allerdings wurden nach Arica und Iquique Truppen geworfen, auch der „Morro“ Arica's mit einigen Geschützen montiert und die Flotte, welche früher die beste der südamerikanischen Republiken, jetzt heillos verlottert war, nothdürftig in Stand gesetzt. Das Thurm- und Widdergeschiff „Huascar“ lag abgerüstet mit absichtlich unbrauchbar gemachter Maschine im Hafen, da man seit dem pierolistischen Putzsch vom 9. Mai 1877, um vor ähnlichen Ueberraschungen gesichert zu sein, einzelne Maschinenteile herausgenommen hatte. Diese waren nun spurlos verschwunden, und die nach einmonatlicher Arbeit fertig gestellten paßten derartig, daß der „Huascar“, obwohl von einer Commission für völlig seetüchtig befunden, kaum ausgelaufen, wieder umkehren und abermals zur eingehenden Untersuchung und Ausbesserung ins Dock mußte, wo abermals ein ganzer Monat erforderlich war, ehe die Maschine ordnungsmäßig arbeiten konnte.

„Doch endlich Mitte Mai v. J. konnte das Geschwader auslaufen, auch die beiden Monitors „Atahualpa“ und „Manco-Capac“ waren so weit hergestellt, um als schwimmende Batterien zur Hafenverteidigung dienen zu können, und nun glaubte ganz Peru gewonnenes Spiel und seine Aufgabe gelöst zu haben, höchstens daß noch etliche Torpedos bestellt und einige Bataillone „Freiwilliger“ im Innern aus den „Cholos“ und „Indios“ zusammengepreßt wurden, die dann fort und fort bei jeder Gelegenheit desertierten. Von einem in der Provinz Puno zusammengekauften Bataillon von 650 „Freiwilligen“, die, wie es schien, ein sehr brauchbares Material abzugeben versprochen, kamen in Mollendo kaum 300 Mann an, wie der Commandant derselben unter lauten Verwünschungen selbst mit theilte. Der Präsident General Prado, der als „director de la guerra“ Mitte Mai vorigen Jahres nach dem Kriegsschauplatz abgegangen war, blieb in Arica und vertrieb sich die Zeit mit Sect und Rocambole, während sein hoher Verbündeter, Generalcapitán Daza, in Tacna Baccho et Beneri huldigte und zur Abwechslung hin und wieder nach Arica fuhr, um mit dem Contre-Admiral Montero auf die Seelöwenjagd zu gehen. Die Regierung in Lima aber war von dem Congresse so in Anspruch genommen, daß der Ministerpräsident und Kriegsminister General Mendiburu die Depeschen, in denen Kriegsmaterial etc. wiederholt verlangt wurde, oft uneröffnet auf seinem Schreibtische und die Krupp'schen Kanonen mit Munition in Callao liegen ließ. Als schließlich der Aviso-dampfer „Chalaco“ mit der kategorischen Weisung kam, das Verlangte sofort zu laden, gab der Kriegsminister freilich seine Zustimmung, doch der Arsenaldirector Viceadmiral de la Haza hielt es mit dem „Eise und Beile“ und verschob trotz aller Vorstellungen und trotz der Gefahr, die im Verzuge lag, die Herausgabe um volle 24 Stunden. Um Lima und Arica von der unterseeischen Telegraphenleitung, die von den Chilenen bedroht war und dann auch in Mollendo zerstört wurde, unabhängig zu machen, wurde zwar das Geld angewiesen, doch die Verbindung selbst blieb in der ad hoc ernannten Commission stecken.

„So ist es überall ergangen. Trotz der pomp-haften Phrasen von Vaterlandsliebe und Opfermuth, die man oft genug bis zum Verdruss hat anhören müssen, hat der Peruaner nirgends seine schlechten Nationaleigenschaften zum Wohle des Ganzen dauernd überwinden können. Das Strohfeuer erlosch gar bald, und dann kamen indolente Lässigkeit und Saumseligkeit, Habgier und Bereicherungssucht, kleinlicher Neid und Eifersucht, gemeiner Haß und Rachsucht wieder zum Vorschein, bald versteckt, bald offen, und bildeten die Glieder der bösen Kette, die Peru eine Demüthi-

gung nach der andern zuzog und trotz der englischen Vermittlung, die das Cabinet Gladstone ja nach der Erklärung des Unterstaatssecretärs Dilke im Hause der Gemeinen eintreten lassen will, sobald sich eine günstige Gelegenheit biete, daselbe einzeln, wenn nicht gar zwei Departements — Tarapaca und Tacna — kosten wird, zumal es völlig außerstande ist, irgend eine bare Kriegsentschädigung aufzubringen.“

Tagesneuigkeiten.

— (Zur Brüsseler Militärmusik-Concurrenz.) Die 80 Mann starke Kapelle des Infanterieregiments Baron Biemietz Nr. 36, welche seit einiger Zeit in der Zeughauskaserne zu Prag die Ensembleproben für die Militärmusik-Concurrenz unter Leitung des Kapellmeisters Czibulka abhält, wird am 20. Juli von Prag nach Brüssel abgehen. Der Concurrenztage ist der 25. Juli. Die militärische Führung der Kapelle hat für die Brüsseler Reise Hauptmann von Gilio-Rimolbi, die musikalische Kapellmeister Czibulka. Das eigentliche Concurrenzprogramm der Kapelle enthält nur drei Piecen, und zwar die für alle concurrenzierenden Kapellen gleichmäßig vorgeschriebene Ouverture „Frances jules“ („die Behnrichter“) von Hector Berlioz, dann zwei selbstgewählte Piecen, und zwar die „Rhapsodie hongroise“ in F-moll von Fr. Liszt in der interessanten Einrichtung für Militärmusik, dann den Triumphmarsch und die Ballettmusik (II. Finale) aus Verdis Oper „Aida“. Mit der Kapelle des österreichischen Infanterieregiments Nr. 36 werden concurrenzen: die Kapellen der belgischen Infanterieregimenter Nr. 7 aus Gent und Nr. 14 aus Antwerpen, die Kapelle des großherzoglich hessischen Leibgarderegiments aus Darmstadt und die Kapelle des großherzoglich badischen Leibgrenadierregiments „Großherzog“ aus Karlsruhe.

— (Fischerei in Ungarn.) Betreffs Regelung der Fischerei hat, wie die „Preßburger Zeitung“ mittheilt, der ungarländische Karpathenverein eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in welcher der traurige Verfall der Fischerei in Oberungarn geschildert wird, dem nur durch ein zweckmäßiges Fischereigesetz entgegengewirkt werden könne. In dieser Beziehung macht der Verein folgende Vorschläge: Der Forellenfischfang wäre vom 1. Oktober bis 1. April zu verbieten. Die Lachs-Schönzeit hätte vom 1. Oktober bis 1. Jänner zu dauern, außerdem solle der Lachsfang von Samstag abends 8 Uhr bis Sonntag 8 Uhr abends unterbunden sein. Es sei verboten, mit solchen Netzen zu fischen, deren Maschen im nassen Zustande kleiner als 3 Cm., desgleichen die Absperrung der Flüsse durch Drahtgitter und Netze so wie die Erlegung von Fischen mit Schießwaffen und spitzen Werkzeugen, betäubenden oder explosierenden Mitteln. Schließlich wäre auch das nächtliche Fischen und das Aushauen von Eisbähnen zum Zwecke der Fischerei zu verbieten.

— (Schachcongress.) Der internationale Schachcongress in Wiesbaden beginnt am 3. Juli. Zum Meisterturnier haben sich bis jetzt angemeldet aus Wien die Herren Berthold Englisch und Adolph Schwarz; ferner die Herren A. Friß, Stud. jur., Gießen; Ed. Hamacher, Köln; Joh. Mindwiz, Leipzig; W. Paulßen, Rastengrund; F. Stemann, Stud. jur., Berlin; Emil Schallopp, Berlin; Arn. Schottländer, Breslau; Dr. C. Schwede, Dresden; Carl Wemmers, Köln; Staatsrath v. Moller, Wiesbaden; Dr. jur. C. Schmid, Dresden; Simon Winaver, Warschau; Hugo Fährndrich, Pest; E. Bird, London; J. H. Blackburne, London; P. W. van de Kramer, Middelburg. Für das Hauptturnier sind ebenfalls schon viele Anmeldungen eingetroffen, außerdem werden sich von den Deputierten, die aus allen Theilen Europas kommen, viele an den Neben- und Tombola-Turnieren betheiligen. Eine auch für das große Publicum interessante Veranstaltung wird die Blindlings-Production werden, wo Herr Stud. jur. Friß aus Gießen acht Partien gleichzeitig gegen acht Spieler übernehmen wird, ohne während der ganzen Zeit auch nur die Spiele selbst zu sehen. Die Curverwaltung wird während des Schachcongresses alles aufbieten, auch außerhalb der Turnierräume den Fremden und Gästen Amusement und Zerstreuung zu gewähren.

Locales.

Krainischer Landtag.

4. Sitzung.

Laibach, 21. Juni.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. R. v. Kaltenegger; Vertreter der Regierung: der k. k. Landespräsident Winkler und der k. k. Regierungsrath Hofschewer. Anwesend 32 Abgeordnete.

I. Das Protokoll der letzten Sitzung wird in slovenischer Sprache verlesen und genehmigt.

Der Landespräsident überreicht einen Gesetzentwurf des Ackerbauministeriums wegen Regelung der Hebung der Fischerei.

II. Abg. Deschmann referiert namens des Finanzausschusses über die Voranschläge des Theaterfondes für die Jahre 1880 und 1881, zugleich über die Rechnungsabschlüsse des Theaterfondes für die Jahre 1878 und 1879 und beantragt:

1.) Das Präliminare des Theaterfondes pro 1880 wird in dem Erfordernisse mit 3422 fl., in der Bedeckung in der gleichen Höhe, jenes pro 1881 in dem Erfordernisse mit 3294 fl. und der gleichen Bedeckung festgestellt.

2.) Der Rechnungsabschluss des Theaterfondes pro 1878 wird in den reellen Einnahmen mit 7463 fl. 99 1/2 kr. und den reellen Ausgaben per 8444 fl. 78 1/2 kr., sonach mit der durch den Landesfond gedeckten Mehrausgabe per 980 fl. 79 kr. und dem nach Abschreibung des Interessenrückstandes per 20,482 fl. vom Kapitale per 19,950 fl. sich ergebenden Vermögensstande per 44,286 fl. 7 kr.; jener pro 1879 mit den reellen Gesamteinnahmen per 3546 fl. 23 kr. gegenüber den reellen Gesamtausgaben per 2964 fl. 41 kr. mit einem Einnahmenüberschusse per 581 fl. 82 kr. und dem Vermögensstande per 44791 fl. 97 kr. zur genehmigenden Kenntnis genommen.

3.) Der Landesausschuß wird ermächtigt, für den Fall größerer nothwendig werdender Abaptierungen im Redoutengebäude behufs weiterer Vermietung der vom Mappenarchive innegehabten Localitäten außer dem für die Gebäude-Erhaltung pro 1881 eingestellten Betrage per 670 fl. auch den Gebärungsüberschuss vom Jahre 1879 von 581 fl. 82 kr. zu diesem Zwecke zu verwenden.

Sämmtliche Anträge werden genehmigt.

III. Abg. Dr. v. Schrey referiert namens des Finanzausschusses über den Voranschlag des Normal-schulfondes für das Jahr 1880 und beantragt:

1.) Demselben in dem Erfordernisse mit 195,829 fl. und in der Bedeckung mit 16,551 fl. 72 1/2 kr., sonach mit einem Abgange per 179,275 fl. 27 1/2 kr., seine Zustimmung zu geben;

2.) zur Deckung dieses Abganges per 179,275 fl. 27 1/2 kr. wird für das Jahr 1880 eine 18proc. Normal-schulfondes-Landesumlage auf die dem Zuschlage bei dem Landes- und Grundentlastungs-fonde unterliegenden directen Steuern, mit Ausnahme jener des Stadtbezirkes Laibach, beschloffen und der Landesausschuß beauftragt, das Erforderliche wegen Allerhöchster Sanctionierung dieses Beschlusses und wegen Erhebung der Umlage zu veranlassen;

3.) der Lehrerswaife Johanna Mascher wird die Gnadengabe jährlicher 50 fl. für die Jahre 1880, 1881 und 1882 unter den bisherigen Bedingungen bewilligt;

4.) der Lehrerswaife Anna Zentrich wird der Fortbezug der Gnadengabe per 50 fl. bis zum 1. Mai 1881 bewilligt und der Landesausschuß beauftragt, über die Voraussetzung einer weiteren Verlängerung dieser Gnadengabe die Erhebungen zu pflegen;

5.) der Landesausschuß werde beauftragt, von dem zur Befreiung für Religionslehrer, Remunerationen eröffneten Credite per 700 fl. nur in dem Falle Gebrauch zu machen, wenn der Normal-schulfond durch eine endgiltige Entscheidung des höchsten competenten höchsten Gerichtshofes zur Befreiung der Remunerationen für Religionslehrer verpflichtet wird.

Abg. Freiherr v. Apfaltrern sieht in der vorschlagsweisen Bewilligung von Summen zur Unterstützung der Schulbauten eine Abdication des Landtages auf das ihm zustehende Budgetbewilligungsrecht und eine Vermehrung der Verantwortlichkeit des Landesausschusses. Redner beantragt daher, vom Jahre 1882 angefangen nur die im ordentlichen Wege vom Landtage genehmigten Beiträge für Schulhausbauten dem Landeschulrath zur Zahlungsanweisung verfügbar zu machen.

Referent Abg. Dr. v. Schrey erklärt, er habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, worauf sämmtliche Posten bis zum Antrage 5 mit dem Zusatzantrage des Freiherrn von Apfaltrern angenommen werden.

Zum Antrage 5 spricht Abg. Dr. Ritter von Bestenec: Trozdem die Umlagen für den Normal-schulfond 18 Procent betragen, weise derselbe doch ein Deficit auf. Es sei also begreiflich, daß man ihn streicht, von denen es nicht erwiesen ist, ob der Normal-schulfond zur Tragung derselben verpflichtet sei. Sollte nun der Antrag des Finanzausschusses angenommen werden, so blieben, da die Entscheidung der höheren Instanzen möglicherweise sehr lange ausständig sein könnte, die Religionslehrer factisch ohne Remuneration. Dies empfehle sich jedoch aus praktischen Gründen nicht, daher müsse die vom Finanzausschuße beliebte Verlaufsulierung fallen. Redner stellt daher den Antrag:

„Die Remunerationen für die Befreiung des Religionsunterrichtes sowie der zu gleichem Zwecke eröffnete Pauschalcredit pro 700 fl. werden unter dem Vorbehalte des vom Landesausschuße vertretenen Standpunktes, daß der Normal-schulfond zur Leistung dieser Remunerationen nicht verpflichtet sei, und unter Vorbehalt des Regresses an die im Instanzenzuge zur Leistung dieser Remunerationen verpflichtete Einkommen, eingestellt, und es wird der Landesausschuß beauftragt, einerseits obigen Vorbehalt dem Landeschulrath mitzutheilen, andererseits die Frage der Remuneration der Religionslehrer im Instanzenwege eventuell vor-

dem Verwaltungsgerichtshofe oder Reichsgerichte zur endgültigen Austragung zu bringen und gleichzeitig zum Zwecke der Entlastung des Normalchulfondes zu veranlassen, daß mindestens jene Schulgemeinden, deren Religionslehrer derzeit aus dem Normalchulfondem remunerirt werden, den das Führenrelutium im Sinne des § 55 der politischen Schulverfassung ersetzenden Theil obiger Remunerationen sofort übernehmen."

Abg. Graf Thurn befürwortet in wärmster Weise den Antrag. Die Religionslehrer an vierklassigen Schulen haben vollauf zu thun, ihre Remunerierung ist daher vollkommen berechtigt. Dieselbe dürfte auch das fürstbischöfliche Ordinariat bewegen, an Orten, wo sich vierklassige Volksschulen befinden, nur solche Kapläne anzustellen, welche didaktisch vollkommen ausgebildet sind. Die religiös-sittliche Erziehung in der Volksschule sei sehr wünschenswert, aus diesem Grunde daher auch die Ertheilung des Religionsunterrichtes unbedingt nöthig. Der krainische Clerus sei gegenwärtig der Schule sehr freundlich gesinnt und thue alles, was zum Wohle des Schulwesens ist, indem er nicht nur die Errichtung neuer Schulen, sondern auch die Erweiterung schon bestehender thatkräftig fördert. Redner hätte daher lieber noch einen erhöhteren Betrag eingestellt gesehen, damit alle Religionslehrer an den vierklassigen Schulen remunerirt werden könnten.

Abg. Dr. Deu sagt, der Religionsunterricht in den Volksschulen sei gesetzlich obligatorisch, daher müsse für die Ertheilung desselben gesorgt werden, doch könne man andererseits die Kosten hierfür nicht den Gemeinden aufbürden. In dieser Erwägung unterstütze er den Bestenedschen Antrag.

Landespräsident Winkler empfiehlt den Antrag des Abgeordneten Ritter v. Bestenec wärmstens zur Annahme. Sollte der Normalchulfond in höherer Finanz nicht als der Verpflichtete erkannt werden, so sei ja das Regresrecht im Antrage ohnehin gewahrt. Der Herr Antragsteller sowie die beiden Vorredner haben bereits so viele Gründe für den Antrag vorgebracht, daß nichts Wesentliches mehr für denselben zu sagen erübrige. Laut § 5 des Reichsvolksschulgesetzes ist der Religionsunterricht obligat und haben dafür die betreffenden Kirchenbehörden zu sorgen. Durch das Gesetz vom 22. Juli 1872 habe jedoch diese Bestimmung eine Einschränkung erfahren, indem dasselbe ausdrücklich bestimmt, daß an den vierklassigen Schulen eine Remunerierung des Religionsunterrichtes einzutreten habe. Die Remunerierung wird den Religionslehrern auch über Vorschlag des Bezirksschulrathes vom Landes-schulrath bewilligt. Wer die Auslagen dafür tragen soll, ist eben eine streitige Frage. Die Gemeinden seien durch das Gesetz bloß zur Tragung der materiellen Kosten für das Schulwesen verpflichtet, als die Erhaltung, Beheizung und Reinigung der Schullocalitäten, die Beschaffung der Lehrmittel u. s. w. Die Bezahlung der Lehrergehälter aber obliege nach dem Gesetze dem Normalchulfond, und die Religionslehrer seien eben auch Lehrer.

Uebrigens sprechen auch Opportunitätsgründe für die Annahme des v. Bestenedschen Antrages. Macht der Landesausschuß vom Recursrechte Gebrauch, so wird die Entscheidung darüber, da sie zahlreiche Instanzen durchlaufen muß, voraussichtlich auf längere Zeit hinausgeschoben. Es sei aber auch ein Gebot der Klugheit, in Krain nicht gegen einen Stand so schroff aufzutreten, der sich mehr wie irgendwo anders mit den neuen Volksschulgesetzen befreundet hat. Nicht nur, daß der Clerus Krains dem Volksschulgesetze keine Opposition mache, ertheilen sogar in 30 Nothschulen Geistliche den Unterricht. Die Verweigerung eines so geringen Betrages für die Remunerierung des Religionsunterrichtes würde daher von geringem Entgegenkommen zeugen. Aus diesen Gründen könne der Landespräsident die Annahme des v. Bestenedschen Antrages nur befürworten.

Abg. Klun weist darauf hin, daß er in der letzten Session beantragt habe, sämmtlichen Katecheten Remunerationen zu bewilligen, doch wurde sein Antrag leider abgelehnt. Mit Vergnügen müsse er constatieren, daß die verehrten Vorredner der Majorität des Hauses, welche früher die Ertheilung des Religionsunterrichtes nur als selbstverständliche Pflicht der Kirche zu betonen pflegte, heute die Wichtigkeit des Religionsunterrichtes hervorgehoben und die Nothwendigkeit der Remunerierung desselben zugestanden haben. Diese Enunciation habe nicht nur die Freude seiner Gesinnungsgenossen wachgerufen, sondern werde den freundlichsten Nachhall im ganzen Lande finden. Wenn die Behauptung aufgestellt wird, die Kirchenbehörde habe für den Religionsunterricht selbst zu sorgen, so mag dies richtig sein, allein die Religionslehrer seien durchaus nicht verpflichtet, sich der Stundeneintheilung der Schule zu fügen. Indem Redner den Antrag von Bestenec im allgemeinen unterstützt, befürwortet er gleichzeitig die Ablehnung jenes Theiles desselben, welcher das Regresrecht an den Verpflichteten wahrte. Werden die Gemeinden als die Verpflichteten erkannt, so werden sie diese neue Zahlung zwar sehr schwer, aber doch leisten, desto schwerer aber wird es ihnen sein, pro praeterito nachzuschahlen. Wenn aber der Religionsfond zur Zahlung verurtheilt wird, so muß bei

dem passiven Stande desselben der Abgang wie bisher aus dem Staatsschatze bestritten werden.

Abg. Dr. Schaffer erklärt sich gegen den Antrag des Abgeordneten Klun. Sollten die Gemeinden die Verpflichteten sein, nun dann habe der Landtag noch immer das Recht, von seinem Regresrechte in besonders berücksichtigungswerten Fällen keinen Gebrauch zu machen.

(Schluß folgt.)

— (Aus dem Landtage.) Im weiteren Verlaufe der gestrigen Landtags-Sitzung, über deren ersten Theil wir oben des näheren berichteten (den Schluß des Sitzungsberichtes bringen wir in unserer morgigen Nummer) wurde der Antrag des Abg. Dr. R. v. Bestenec, nachdem sich an der hierüber geführten Debatte außer den genannten Rednern nochmals der Antragsteller und der Referent Dr. v. Schrey, sowie der Herr Landespräsident — letzterer zu einer thatsächlichen Berichtigung — betheiligt hatten, mit großer Majorität angenommen. Der Antrag des Abg. Klun wurde, nachdem bei Stimmengleichheit der Vorstehende dagegen virimirt hatte, abgelehnt. Weiters wurden die Rechnungsabschlüsse des Stiftungsfondes und der Slaper Landes-Weinbauschule pro 1878 und 1879 ohne Debatte genehmigt und dem Spitalverwalter in Commenda St. Peter, Josef Domberger, die bisherige Remuneration per 250 fl. vom Jahre 1880 an auf 300 fl. erhöht. — Um halb 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, die nächste findet Donnerstag, den 24. d. M., statt.

— (Pater Benvenut.) Der Convent der P. P. Franciscaner in Laibach hat durch den Tod seines, gestern abends unter lebhafter Theilnahme aller Stände der hiesigen Bevölkerung zu Grabe getragenen Ordensseniors Pater Benvenut Crobath einen herben Verlust erlitten. Der Verstorbene war durch vier Decennien Mitglied des hiesigen Franciscanerklosters und hatte sich in dieser langen Zeit nicht nur die Liebe und Verehrung seiner Ordensbrüder, sondern gleichzeitig auch durch sein humanes Wirken, seine Leutseligkeit und Toleranz die Hochachtung aller gebildeten Kreise der Landeshauptstadt in seltenem Maße erworben. Beweis dessen der Umstand, daß er als Trostspender an zahllose Krankenbetten gerufen und mit Vorliebe als Berater und Vermittler der Versöhner im Familienleben in Anspruch genommen wurde; auch ein großer Theil der hiesigen Geistlichkeit verehrte in dem würdigen Greise seinen liebevollen Beichtvater.

Pater Benvenut Crobath war am 6. Jänner 1805 zu Strassburg bei Krainburg als Sohn armer Bauersleute geboren. Die Normalchule absolvierte er in Krainburg, die humanistischen Studien in Laibach, die theologischen Studien zum Theile in Laibach und Görz. Am 10. September 1823 wurde er im Kloster zu Tersat in den Orden der P. P. Franciscaner eingekleidet und am 14. September 1826 legte er in Görz den Profess ab, wo er auch am 28. September 1828 zum Priester geweiht wurde. Nach Absolvierung seiner Studien war Pater Benvenut als Professor an den Gymnasien zu Karstadt und Rudolfswert — am letzteren vom Jahre 1830 bis 1836 — thätig. Vom Jahre 1836 bis 1837 war er Praefect des Gymnasiums in Pifino. Von 1828 bis 1830 und später vom Jahre 1842 an bis zu seinem Tode, somit durch volle 40 Jahre, gehörte er dem hiesigen Convente der P. P. Franciscaner an. Im Jahre 1848 war Pater Benvenut mit großer Aufopferung bei den Typhus- und Cholerafranken in dem Laibacher Militärspitale als Seelsorger thätig und wurde für seine ausgezeichnete Wirksamkeit von Sr. Majestät dem Kaiser mit der großen goldenen Civil-Ehrenmedaille ausgezeichnet. Dieselbe trägt auf der Aversseite das Bildnis des Kaisers und auf der Reversseite die Inschrift: „Meritis P. Benvenuti Crobath. Franciscus Josephus I.“

Durch 27 Jahre fungierte Pater Benvenut als Seelsorger im hiesigen Civilspitale. Wie vielen armen trostlosen Kranken er in dieser Stellung Muth und Ergebung in den göttlichen Willen eingeflößt hat, das hat der Greis in seinen letzten Lebensjahren gerne mit berechtigtem Stolz und mit Genugthuung erzählt. Als im Jahre 1856 der Biabuct bei Franzdorf gebaut wurde und gegen 1000 italienische Arbeiter dabei beschäftigt waren, war Pater Benvenut auch in dem in Franzdorf errichteten Baracken-spitale thätig, da er der italienischen Sprache vorzüglich mächtig war. Am 29. September 1878 feierte Benvenut, körperlich und geistig noch vollkommen rüstig, sein 50jähriges Priesterjubiläum in der Franciscanerkirche und wurde bei diesem Anlasse seitens des Landespräsidenten, des Landeshauptmannes, des Bürgermeisters von Laibach und sämmtlicher geistlicher Vorsteher auf das herzlichste beglückwünscht. Die Bewohner jener Orte, in welchen der Verstorbene als Geistlicher gewirkt hatte, spendeten ihm zu seiner Jubelfeier einen sehr hübsch ausgeführten Pilgerstab. Leider hat der edle Priester sein Jubiläum nicht lange überlebt. Ein freundliches und ehrenvolles Andenken bleibt ihm gewiß bei allen, die ihn gekannt haben, gewahrt.

— (Laibacher Liedertafel.) Trotz des nach einem prachtvollen Vormittage sich gegen Abend zu immer mehr umdüsternden Wolkenhimmels veranstaltete die Laibacher Liedertafel Samstag abends im Casinogarten

ihre vierte Vereinsunterhaltung und fand auch diesmal ein zahlreiches Publicum. Die heimtückischerweise unter Mondscheinbeleuchtung wiederholt niedergegangenen kurzen Regen wurden von der Sängerschar und deren Gästen klugerweise nicht allzu ernst genommen und hatten in Wirklichkeit nur den Erfolg, daß sich ein Theil des Publicums in den Glasalon zurückzog und dort allerdings ein schützendes Dach fand, dafür aber auf die feineren Nuancen der gerade zu jener Zeit am Programme gestandenen Gesangspiecen zumeist Verzicht leisten mußte. Uebrigens dieser unwillkommenen, aber den Laibacher Gartenfesten, die den Born der Götter auf sich geladen zu haben scheinen, fast unvermeidlichen Störungen war auch die vierte Vereinsunterhaltung ebenso gelungen, wie die früheren. Das Programm entwarfte eine Anzahl von trefflich ausgewählten effectvollen Gesangsnummern, die insgesamt vorzüglich unter Beobachtung aller Accurateffe von kräftigen, wohlklingenden Stimmen vorgetragen wurden und das Publicum zu lebhaften Beifallsbezeugungen animierten. Leider mußten die schönsten Piecen: „Draufwalzer“ von Roschat, „Romancapitel“ von Engelsberg und der Promotionsmarsch aus „Dr. Heine“ bei dem Umstande, als unter den bekannten trostlosen Musikverhältnissen Laibachs ein Streichorchester zur Begleitung nicht aufzutreiben war, mit Clavier begleitet werden, ein Versuch, dessen Wiederholung wir nicht anrathen können, indem das Instrument im offenen Garten entschieden zu schwach klang. Namentlich die Quadrille „Romancapitel mit unpassenden Mottos“, eine in Laibach unseres Wissens bisher noch nicht vorgetragene prächtige Composition Engelsbergs, die Glanznummer des Abends, hätte mit Orchesterbegleitung eine noch weit größere Wirkung erzielt und wird auch im geschlossenen Locale mit Clavierbegleitung stets ein dankbares Publicum finden.

Unter den übrigen Nummern verdienen namentlich Nedveds „Popotnikova pesem“ mit dem von Herrn Nemilian Böhm gefühlvoll vorgetragenen Tenorsolo und dem herrlichen Schlußsage, dann das Soloquartett „Abendruhe“ von Abt, welches von den Herren Nem. Böhm, Josef Böhm, Schulz und Kulz sehr schön gesungen wurde, sowie „Der nächtliche Gruß“ von Storch, wobei das Tenorsolo von Herrn Pod äußerst anerkennenswert am Pifon geblasen wurde und eine hübsche Wirkung hervorbrachte, besonders erwähnt zu werden. Die Musikkapelle des Herrn Börner brachte ein sehr gewähltes Programm zum Vortrage und fand nach jeder Nummer lebhaften Beifall. Eine vom Kapellmeister componierte und der „Laibacher Liedertafel“ gewidmete, sehr melodische und vife Polka francaise mußte auf stürmisches Verlangen wiederholt werden. Während des Vortrages überreichte der Compositur dem Vereinsvorstande die in eine elegant ausgestattete Decke gebundene Partitur unter den Acclamationen des Publicums, das von dem Vorgange durch ein Transparent verständigt wurde. Das trotz der ungünstigen Witterung 300 bis 400 Personen zählende Publicum blieb bei den heiter anregenden Klängen der fleißigen Musikkapelle noch ziemlich lange nach Schluß des Programmes beisammen.

— (Clavier-Concert.) Die hiesige Clavierlehrerin Fräulein Emilie Zetinovich veranstaltete Sonntag vormittags von 11 bis 12 Uhr in ihrer Wohnung ein Clavier-Concert, wobei sich eine Anzahl ihrer Zöglinge vor einem aus ungefähr fünfzig geladenen Zuhörern bestehenden Publicum producierte. Sämmtliche Leistungen waren sehr befriedigend und zeigten bereits große Fortschritte der Schüler, indem sie gleichzeitig der Lehrerin ein ehrenvolles Zeugnis ausstellten. Namentlich die Schlußnummer, welche von letzterer und ihrer am weitesten ausgebildeten Schülerin auf zwei Pianoforten executiert wurde, rief großen und wohlverdienten Beifall hervor.

— (Für die Nothleidenden in Unterkrain.) Infolge des Aufrufes des Herrn Landespräsidenten vom 15. d. M. hat die „Laibacher Liedertafel“ beschlossen, den bereits angekündigten Familienabend zur Feier des einjährigen Vereinsbestandes vorläufig zu verschieben und sofort einen Singabend im Casinogarten zu veranstalten, dessen ganzer Reinertrag den nothleidenden Landkleuten in Unterkrain zugewendet wird. Diese Production findet bereits kommenden Samstag, den 26. d. M., statt und wird ein ebenso reichhaltiges als interessantes Programm entfalten. Zur Förderung des wohlthätigen Zweckes wird im Garten ein Glückshafen aufgestellt, um dessen Dotierung durch passende Spenden die Vereinsleitung soeben einen Appell an das Publicum richtet, der gewiß auch diesmal nicht unerfüllt bleiben wird. In Anbetracht des wohlthätigen, dem Vereine, der seine Gründung nicht würdiger feiern könnte, zur Ehre gereichenden Zweckes ist eine zahlreiche Betheiligung des Publicums sicher zu gewärtigen. Der verschobene Familienabend wird in der ersten Hälfte des Monats Juli abgehalten werden, der auf den kommenden Sonntag, den 27. d. M., anberaumt gewesene Vereinsausflug wird infolge dessen um eine Woche vertagt.

— (Getödteter Bahnarbeiter.) Auf der Südbahnstrecke zwischen Franzdorf und Trauerberg ist am 18. d. M., nachmittags der Eisenbahn-Worarbeiter Johann Krappner während der Fahrt von einem kleinen Eisenbahn-Pandwagen heruntergefallen und überführt

